

**Lageanalyse zur geplanten
Parteienfusion von NPD und DVU**

2010

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung.....	3
1. Zum Hintergrund: Verlauf und Ergebnisse des NPD- Bundesparteitages	3
2. Zur Parteienfusion von NPD und DVU	4
3. Auswirkungen einer möglichen Fusion von NPD und DVU in Berlin	6

EINLEITUNG

Seit dem Bundesparteitag der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) am 4. und 5. Juni 2010 im bayerischen Bamberg bemühen sich NPD und „Deutsche Volksunion“ (DVU) um die Fusion ihrer beiden Parteien. Die Fusion wird vor allem von Seiten der NPD (und hier durch den Bundesvorsitzenden Udo VOIGT) enorm forciert. Dies entspricht auch dem Kräfteverhältnis zwischen beiden Parteien, da es sich bei diesem Prozess de facto um eine Übernahme der DVU(-Reste) durch die NPD handelt.

Die tatsächlichen Folgen einer Vereinigung von NPD und DVU wären vor allem aufgrund der Schwäche der DVU (Alter und Inaktivität der Mitglieder, interne Personalquerelen) gering und hauptsächlich von symbolischer Bedeutung (Mitgliederzahl, Einigkeit des rechten Parteienspektrums).

Auch für Berlin wären im Falle einer Fusion von NPD und DVU keine gravierenden Folgen zu befürchten. Aufgrund der starken sozio-kulturellen Unterschiede von NPD- und DVU-Anhängern wäre in Berlin sogar eher damit zu rechnen, dass sich ein Teil der wenigen verbliebenen aktiven Berliner DVU-Mitglieder nicht der NPD, sondern anderen politischen Parteien, wie z. B. der „Pro-Bewegung“ anschließt.

1. Zum Hintergrund: Verlauf und Ergebnisse des NPD-Bundesparteitages

Der Bundesparteitag der NPD fand am 4. und 5. Juni 2010 in Bamberg statt. Anwesend waren an beiden Tagen ca. 300 Personen (ca. 200 Delegierte + ca. 100 Gäste). Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms. Der beschlossene Entwurf des neuen Programmes wurde vom Parteivorstand vorgelegt und war unter starker Beteiligung der NPD-Landesverbände von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern - die aktuell als die „Kraftzentren“ der Partei bezeichnet werden können - erarbeitet worden. Ein Gegenentwurf hierzu wurde unter dem Titel „Unser Weg zu einer neuen Ordnung“ vom NPD-Kreisverband Eichsfeld für den neonazistischen Flügel der Partei vorgelegt.

Das neue Parteiprogramm, das erst kürzlich und damit mehr als drei Monate nach dem Bundesparteitag veröffentlicht wurde, enthält wenige programmatische oder strategische Neuerungen und stellt einen Kompromiss zwischen den Positionen des gemäßigten und des neonazistischen Lagers innerhalb der NPD dar. Eine Richtungsentscheidung zugunsten des einen oder anderen Parteiflügels wurde vermieden, so dass - offensichtlich auch für die Partei selbst - nach wie vor unklar ist, ob eine eher rechtspopulistische oder eine stärker neonazistische Ausrichtung angestrebt werden soll. Durch das Ausbleiben dieser Richtungsentscheidung könnten die innerparteilichen Spannungen weiter wachsen. Insbesondere da in dem Maß, in dem der Einfluss der gemäßigteren Vertreter des sogenannten „Sächsischen Weges“ innerhalb der Bundes-NPD zu wachsen scheint, auch der Widerstand der radikaleren, neonazistischen Kräfte hiergegen zunehmen dürfte. Wie stark dieser neonazistische Parteiflügel nach wie vor ist, zeigte sich, als die vom Parteivorstand vorgeschlagene Änderung des Namenszusatzes der Partei in „Die soziale Heimatpartei“ abgelehnt wurde. Für die Mehrheit der Delegierten wäre offensichtlich bereits dieser neue Namenszusatz ein zu großer Schritt in Richtung „FPÖ-isierung“ der NPD gewesen.

Verlauf und Ergebnis des Parteitages können als für die Partei und insbesondere den Bundesvorstand enttäuschend bewertet werden. Weder ist es der Partei gelungen, sich geschlossen zu präsentieren, wie die kontroversen Diskussionen und vielen Gegenentwürfe zu den Vorschlägen der Parteiführung zeigen, noch kann das neue Parteiprogramm als strategische Weichenstellung für die Zukunft der NPD bezeichnet werden. Das von der Parteiführung erhoffte Aufbruchsignal an die Parteibasis ging vom Parteitag in Bamberg nicht aus.

So blieb der am ersten Tag von den Parteivorsitzenden gemeinsam verkündete Zusammenschluss von NPD und DVU das nachhaltigste Ergebnis des NPD-Bundesparteitages 2010, über den zugleich eine Befragung der Mitglieder beider Parteien angekündigt wurde.

2. Zur Parteienfusion von NPD und DVU

Direkt im Nachgang zum Bundesparteitag begannen beide Parteien damit, die organisatorischen Voraussetzungen für die Fusion zu schaffen. Noch im Juli 2010 wurden die angekündigten Mitgliederbefragungen in beiden Parteien durchgeführt. Nach Angaben aus Parteikreisen beteiligten sich hieran mit 1.872 Personen knapp ein Drittel der NPD-Mitglieder und mit ca. 1.100 Personen weniger als ein Viertel der DVU-Mitglieder, die jeweils mit großer Mehrheit - 92,47 % der abstimmenden NPD- und 90,95 % der abstimmenden DVU-Mitglieder - für einen Zusammenschluss beider Parteien votierten. Anfang August 2010 wurde in einer gemeinsamen Besprechung von NPD- und DVU-Vorstand der weitere Fahrplan der Vereinigung besprochen. Am 21. / 22. August 2010 wurde auf einer außerordentlichen Sitzung des NPD-Bundesvorstandes in Berlin bereits ein erster Entwurf des Verschmelzungsvertrages vorgelegt, dem der Parteivorstand der NPD (mehrheitlich) zustimmte. Auf dieser Sitzung wurde zudem festgelegt, dass die NPD am 6. / 7. November 2010 einen Sonderparteitag durchführen wird, auf dem der endgültige Verschmelzungsvertrag beschlossen werden soll. Ziel sei es, die Fusion beider Parteien bis zum 31. Dezember 2010 abzuschließen.

Die DVU-Spitze führte am 17. September 2010 in Sachsen-Anhalt eine entsprechende Vorstandssitzung durch, auf der dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages ebenfalls zugestimmt wurde. Auch die DVU beabsichtigt, analog zur NPD, noch im November einen Sonderparteitag zur Parteienfusion durchzuführen.

Auf Seiten der NPD, die der eindeutig dominierende Partner dieses Vereinigungsprozesses ist, stellt sich der Zusammenschluss mit der DVU als relativ unproblematisch dar. Sich ihrer Stärke im Vergleich zur DVU bewusst, agiert die NPD selbstbewusst und weitgehend ohne innerparteiliche Störgeräusche. Letztlich sieht die NPD in dem - auch NPD-intern eher als Übernahme denn als Vereinigung mit der DVU bewerteten - Prozess die Chance, sich eines Parteienkonkurrenten zu entledigen und zugleich die Zahl der Parteimitglieder über die symbolische Grenze von 10 000 steigen zu lassen. Dass die DVU bzw. ihre führenden Mitglieder tatsächlich Einfluss auf den Vereinigungsprozess und damit auf das zukünftige Auftreten und die Ausrichtung der gemeinsamen Partei nehmen könnten, wird innerhalb der NPD nicht befürchtet.

Kritik an einer Vereinigung mit der DVU kommt allenfalls aus den Reihen der in der NPD organisierten „Freien Kräfte“, die den Nutzen dieser Fusion bezweifeln¹ und darin einen Schritt in Richtung „Verbürgerlichung“ der NPD sehen.

In der DVU stellt sich die aktuelle Situation weitaus unübersichtlicher dar. Dies gilt trotz der rechnerisch eindeutigen Zustimmung der an der Abstimmung über eine mögliche Parteienfusion beteiligten Parteimitglieder auch für das Verhältnis zum Vereinigungsprozess mit der NPD.

Zunächst ist unklar, von wem die Partei aktuell überhaupt geführt wird. Der Bundesvorsitzende Matthias FAUST wurde durch eine Entscheidung der Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts der DVU am 8. Juni 2010 vom Bundesvorsitz abgesetzt und zugleich aus der Partei ausgeschlossen. Gründe waren zum Einen eine verschwiegene eidesstattliche Versicherung, die FAUST über sein Vermögen abgegeben haben und die nach der Satzung der DVU automatisch zum Erlöschen der Parteimitgliedschaft führen soll. Darüber hinaus wurde FAUST parteischädigendes Verhalten vorgeworfen, da er die Fusionsverhandlungen mit der NPD aufgenommen habe, ohne von der DVU oder dem Parteivorstand hierfür mandatiert worden zu sein. Über die Rechtmäßigkeit dieser Entscheidung wird zur Zeit juristisch gestritten, ohne dass eine Tendenz für oder gegen Matthias FAUST erkennbar wäre. In der Öffentlichkeit bzw. den Medien wird für den Fall einer gerichtlichen Entscheidung, in der der Parteiausschluss FAUSTS als rechtmäßig erkannt würde, bereits spekuliert, dass dann der gesamte Vereinigungsprozess mit der NPD gefährdet sein könnte, da dann auf Seiten der DVU kein Verhandlungspartner mehr zur Verfügung stünde. Darüber hinaus, so diese Argumentation, wäre auch die Rechtmäßigkeit und damit der Bestand der bisher von FAUST eingeleiteten Schritte, die zu einem Zusammenschluss mit der NPD führen sollen, wie zum Beispiel die durch ihn maßgeblich mitinitiierte Befragung der DVU-Mitglieder oder die unter seiner Beteiligung zustande gekommenen Beschlüsse des DVU-Vorstandes, fraglich.

Aber auch jenseits dieser internen Personalquerelen ist die Stimmung innerhalb der DVU keineswegs so eindeutig für eine Fusion mit der NPD, wie es das von der Parteispitze verkündete Ergebnis der Mitgliederbefragung vermuten lässt. Speziell die DVU-Landesverbände von Bremen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen machen seit Monaten Front gegen den Zusammenschluss. Sie sehen in dem Fusionsprozess nicht die Vereinigung zweier gleichberechtigter Partner, sondern realistischerweise die Übernahme der DVU durch die NPD. Hinzu kommen persönliche Animositäten und ideologische Differenzen sowie die Befürchtung, dass im Zuge eines erneuten Verbotsverfahrens gegen die NPD auch die DVU aus der Parteienlandschaft verschwinden würde. Allerdings zeigt das von der Parteiführung bekannt gegebene Ergebnis der Mitgliederbefragung, nach dem sich über 90 % des an der Abstimmung über eine Fusion mit der NPD beteiligten Viertels der DVU-Mitglieder, dass auch ein nicht geringer Teil der DVU-Anhänger selbst die DVU für langfristig nicht überlebensfähig und insbesondere auch nicht konkurrenzfähig gegenüber der NPD hält.

Neben diesen DVU-internen Querelen liegt vor allem im zukünftigen Namen der gemeinsamen Partei Konfliktpotential, da sich die Mehrheit der NPD-Mitglieder für die Beibehaltung des Namens NPD ausgesprochen hat, wohingegen knapp 2/3 der an der Abstimmung beteiligten

¹ Auf den Punkt brachte diese Sichtweise das rechtsextremistische Internetportal „Altermedia“ auf dem die Vereinigung von NPD und DVU mit den Worten beschrieben wurde: „Denn Null plus Null bleibt nun einmal Null, egal wie viele Nullen man für einen Appel und ein Ei einkauft“. „NPD-Bundesparteitag in Bamberg: Kein Fanal, aber ein Signal des Aufbruchs.“ In: Altermedia, datiert vom 8.6.2010

DVU-Mitglieder für einen neuen Namen votierten. Scheitern dürfte eine Fusion hieran vermutlich allerdings nicht. Vielmehr ist davon auszugehen, dass für eine Übergangszeit ein Name gefunden wird, der beiden ursprünglichen Parteienbezeichnungen Rechnung trägt.

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einer vereinigten rechtsextremistischen Partei wurde verschiedenen Pressemeldungen zufolge zwischenzeitlich vom Gründer und langjährigen Vorsitzenden der DVU aus dem Weg geräumt. Dieser hatte die DVU über Jahre hinweg aus seinem Privatvermögen unterstützt und war dadurch im Besitz von finanziellen Forderungen gegen die DVU. Auf deren Rückforderung soll er den einschlägigen Medienberichten zufolge nun verzichtet haben. Damit wäre eine weitere Voraussetzung für die Fusion beider Parteien erfüllt, da die NPD ihrerseits festgelegt hatte, in den Vereinigungsprozess mit der DVU nur einzusteigen, wenn ihr dadurch keine neuen Schulden erwachsen.

3. Auswirkungen einer möglichen Fusion von NPD und DVU in Berlin

Eine Fusion von NPD und DVU würde für den organisierten Rechtsextremismus in Berlin kaum Folgen haben. Aller Voraussicht nach würde eine Partei mit - auf dem Papier - mehr Mitgliedern (ca. 400) entstehen, die allerdings, aufgrund der Bedeutungslosigkeit des Berliner DVU-Landesverbandes, weder einen größeren Aktionsradius noch eine stärkere öffentliche Wahrnehmung erreichen würde. Programmatik und Außenwirkung einer vereinigten rechtsextremistischen Partei würden in Berlin auch zukünftig eindeutig von der NPD und deren Aktivisten bestimmt. Der Berliner DVU fehlt es an Führungspersonlichkeiten, die im laufenden Fusionsprozess bzw. zukünftig in einer vereinigten rechtsextremistischen Partei eine größere Rolle spielen könnten. Im Falle einer Fusion mit der NPD wird die DVU auch in Berlin aus der Parteienlandschaft verschwinden, ohne Spuren zu hinterlassen.

Aufgrund der großen soziokulturellen Unterschiede zwischen den eher jungen, aktionsorientierten und vor allem stark neonazistisch geprägten Berliner NPD-Mitgliedern einerseits und den lebensälteren, politisch - im Vergleich zur NPD - mehrheitlich gemäßigeren DVU-Anhängern auf der anderen Seite ist zudem nicht unwahrscheinlich, dass sich die wenigen verbliebenen aktiven Berliner DVU-Mitglieder nicht in einer gemeinsamen NPD-DVU-Partei engagieren werden. Nicht wenige Berliner DVU-Mitglieder stehen der neonazistischen Ausrichtung des Berliner Landesverbandes der NPD zudem durchaus skeptisch gegenüber und könnten zukünftig eher in einer stärker rechtspopulistisch als rechtsextremistisch ausgerichteten Partei ihre neue politische Heimat finden .

Offizielle Stellungnahmen zur geplanten Parteienfusion und der Zukunft einer vereinigten Partei liegen bislang weder von der Berliner NPD noch vom Berliner Landesverband der DVU vor.

Abdruck gegen Quellenangabe gestattet, Belegexemplar erbeten.

Diese Druckschrift wird von der Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung Verfassungsschutz der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin herausgegeben. Sie darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Abteilung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.

Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-0

Die Analyse ist auch über das Internet
abrufbar unter:
<http://www.verfassungsschutz-berlin.de>
E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de